

Lange Version (17'481 Zeichen, ohne Titel und Zitat)

Untergang, schweizerisch oder Lernen von 1798?

„Aber Leidenschaft und Parteigeist machen unsere Augen blind, und das Licht, das die Erfahrung spendet, ist eine Laterne am Heck, die nur die Wellen hinter uns erleuchtet.“

Samuel Coleridge, 1772–1834

1

Im November 1797 reiste der junge Bonaparte, der sich später Napoleon nannte, durch die Schweiz. Er war bereits der erfolgreichste französische General, er hatte in Oberitalien Österreich besiegt und war nun vom Pariser Direktorium beauftragt worden, in Rastatt die Streitpunkte mit dem deutschen Reich bereinigen.

Die Städte am Genfersee, die zum bernischen Untertanengebiet gehörten, begrüßten *le général en chef*, mit Jubel und Kanonendonner. Er galt als Befreier Italiens; viele waadtländische *citoyens* sympathisierten mit dem revolutionären Frankreich und hofften auf ihre baldige Unabhängigkeit.

Bonaparte machte nirgends lange Halt. Er fürchtete sich vor Anschlägen, er fühlte sich verfolgt von englischen Agenten, und er war misstrauisch gegenüber den Dragonern, die ihm Geleitschutz gaben. Für ihn – und das Direktorium in Paris – stand fest, dass man dem störrischen Patriziat in Bern die Revolution in nächster Zukunft aufzwingen musste. Wenn das mächtige Bern fiel, dann hatte man die ganze Eidgenossenschaft im Sack. Und es liess sich leicht ausrechnen, dass dies Frankreich erhebliche strategische und wirtschaftliche Vorteile bringen würde.

In der Hauptstadt stieg Bonaparte nicht einmal aus der Kutsche, obwohl alles zu seinem Empfang vorbereitet war. Statt dem amtierenden Schultheissen, Niklaus Friedrich von Steiger, seine Aufwartung zu machen, schickte er lediglich seinen Begleiter Junot zu ihm. Für den beinahe siebzigjährigen Steiger war dies eine tiefe Kränkung, die ihn darin bestätigte, dass er von Frankreich, dem ehemals besten Verbündeten Berns, nur noch Schlechtes zu erwarten hatte.

Nach einer Stunde schon fuhr Bonapartes Kutsche weiter. Am nächsten Tag traf er in Basel ein. Dort herrschte eine ganz andere Stimmung. Der Oberstzunftmeister Peter Ochs war ein Bewunderer des Generals und ein Verfechter der politischen Gleichberechtigung; er begrüßte Bonaparte mit grössten Ehren und zeigte sich bereit, Frankreich gegenüber weitgehende Konzessionen zu machen.

2

Niklaus Friedrich von Steiger, der „Altgesinnte“, und Peter Ochs, der „Patriot“: diese zwei gegensätzlichen Figuren widerspiegeln am deutlichsten die ideologische Zweiteilung der alten Eidgenossenschaft am Vorabend ihres Untergangs. Darin trat nicht zuletzt auch ein scharfer Generationenkonflikt zutage. Die „Altgesinnten“ in den regierenden Familien, deren Kreis sich ständig verkleinert hatte, sahen sich gerne als gütige Väter, die für das Wohl ihrer Untertanen sorgten, und verteidigten dabei unerbittlich ihren Besitzstand. Die jungen „Patrioten“, die teilweise ebenfalls aus patrizischen Familien stammten, befürworteten, entgegen dem heutigen Wortsinn, radikale politische Veränderungen. Emigrierte Patrioten gründeten in Paris einen Schweizerklub, mit dem Ziel, den Umsturz in ihrer Heimat voranzutreiben.

Peter Ochs (1752 -1821), geboren in Nantes und aufgewachsen in Hamburg, hatte sich früh von den Ideen der Aufklärung begeistern lassen und blieb ihnen auch in seinem politischen Ämtern treu. Ursprünglich zum Kaufmann bestimmt, studierte er die Rechte und wurde mit

dreissig Basler Ratsschreiber. Den weiteren Aufstieg verdankte er seiner Eloquenz, einem gut ausgebauten Netzwerk und einem ausgeprägten Machtinstinkt. Von Beginn an war er, zeitweise in geradezu naiver Gläubigkeit, ein Anhänger der französischen Revolution, und er strebte danach, ihren Prinzipien auch in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen.

Ganz anders Niklaus Friedrich von Steiger (1729 -1799). Auch er war einst mit Reformideen von seinem Studium in Halle zurückgekehrt war. Doch er wurde, unter dem Einfluss der bernischen Gerontokratie, immer konservativer. Mit Ingrimm verfolgte er die Ereignisse in Frankreich. Nach dem Tuilerien-Sturm und der Hinrichtung des Königspaars war es für ihn klar, dass nur härtester Widerstand die revolutionären Ideen von Bern und der Schweiz fernhalten konnte. Selbst vor dem Gedanken an Krieg schreckte er nicht zurück; allerdings war er klug genug, für einen Waffengang starke Verbündete gewinnen zu wollen.

Sein vehementester Gegner in der Berner Regierung war der um fünf Jahre jüngere Seckelmeister Karl Albrecht von Frisching. Er plädierte Frankreich gegenüber für massvolle Anpassungen, für eine geschmeidige, gar opportunistische Haltung; nur so könne der Staat sich in dieser schwierigen Zeit behaupten. Auf solche Weise wurde Frisching zum Anführer der „Friedenspartei“. Im Grunde genommen, verfolgte er mit seiner Politik, verglichen mit jener von Ochs in Basel, einen Mittelweg. Er war kein Patriot oder höchstens ein halbherziger; mit geschickten Massnahmen glaubte er, zumindest einen Teil der Standesprivilegien bewahren zu können.

Die Kriegspartei Steigers und die Friedenspartei Frischings im bernischen Grossen Rat waren beinahe gleich gross. Je bedrohlicher die Lage wurde, desto häufiger kam es vor, dass Entscheidungen mit zwei, drei Stimmen Differenz gefällt und kurz darauf wieder umgestossen wurden. Die beiden Parteien blockierten sich gegenseitig; die Haltung Berns gegenüber Frankreich blieb unklar und widersprüchlich. Und weil der mächtige Stadtstaat Bern innerhalb der Eidgenossenschaft den Ton angab, färbte dies auch auf die Tagsatzung ab, den Gesandtenkongress der Orte. Die Gesandten, die nach Instruktion stimmten, konnten sich nicht auf eine wirksame Strategie einigen; das Einzige, was sie vermochten, war, nach ergebnislosen Sitzungen die nationale Einigkeit zu beschwören. Als die Invasion drohte, stand dann doch Steigers Vorschlag zur Diskussion, bei den Höfen von Wien und Berlin um militärische Hilfe nachzusuchen. Aber die Tagsatzung wich allen schwierigen Entscheidungen aus und verschob sie auf einen späteren Termin.

3

Ganz anders agierte das revolutionäre Frankreich: Es nutzte die Sprengkraft seiner Freiheitsideen und seine wachsende militärische Stärke dazu, die umliegenden Länder in ein System von Töchterrepubliken einzubinden. Das war ein von Paris beherrschter, loser Staatenbund und zugleich ein grosser europäischer Wirtschaftsraum, in dem nicht nur Handelsgüter, sondern auch der begehrteste menschliche Rohstoff, frisch rekrutierte Soldaten, frei zirkulierten. Dieses Gebilde war in kurzer Zeit, vor allem unter dem Einfluss Bonapartes, auf den Schlachtfeldern und am Verhandlungstisch entstanden; es unterlag einer ungestümen Wachstumsdynamik und grenzte sich zugleich gegen die grossen Monarchien ab, die in wechselnden Koalitionen gegen das revolutionäre Frankreich kämpften, um ihren Einfluss zu bewahren und den Umsturz im eigenen Land zu verhindern. Trotz aller Unterschiede sehe ich da einige strukturelle Ähnlichkeiten mit der Situation im heutigen Europa und der Rolle der Schweiz: Auch die EU ist eine expandierende Grossmacht. Ihr „alter“ Kern erweitert sich seit der Wende von 1989 nach und nach um die Länder des ehemaligen ideologischen Gegners, wo die Freiheitsideen, zusammen mit der wirtschaftlichen Not, ebenfalls eine enorme Sprengkraft entwickelten. Diese rasante Entwicklung beruhte, zum Glück, nicht auf kriegerischer Gewalt, sondern vollzog sich auf erstaunlich friedliche Weise. Das Resultat indessen ist ebenfalls ein Staatenbund, der allein durch seine wirtschaftliche Potenz die anderen Länder in seiner Einflusszone unter Druck setzt. Je schwächer und je abhängiger sie von der EU sind, desto grösser wird der Anpassungsdruck. Die EU versucht, vor allem im Wirtschaftsbereich ihre Rechtsnormen durchzusetzen; sie fordert von Handelspartnern den „Nachvollzug“ dieses Rechts, so wie das revolutionäre Frankreich von noch nicht „revolutionierten“ Ländern verlangte, die alten

Rechte ausser Kraft zu setzen. Das Interesse an der Schweiz ist dabei in vielem durchaus stabil geblieben. Bonapartes Frankreich wollte Zugang zu den Alpenpässen; die EU will Erleichterungen im Transitverkehr. Frankreich wollte das Reservoir an wehrfähigen Männern anzapfen; die EU will den freien Personenverkehr. Frankreich begehrte den legendären bernischen Staatsschatz; die EU will, dass sich die Schweiz finanziell an ihren Aufgaben beteiligt, und attackiert die Bevorzugung von Steuerflüchtlingen

Damals wie heute stellte und stellt sich bei uns die existenzielle Frage, welches Mass an Anpassung oder Widerstand gegenüber der fordernden Grossmacht nötig sei, um als Staat mit eigener Identität wirtschaftlich überlebensfähig zu bleiben. Damals wie heute ging und geht es um die Entscheidung, ob wir eher mit vorauseilendem Gehorsam oder mit trotzig behaupteter Souveränität die Ereignisse günstiger beeinflussen können. Damals suchten die Regierenden zögernd die Unterstützung der Gegner Frankreichs, sie erwogen, Allianzen mit Österreich, England, Preussen oder Russland einzugehen. Heute strebt die politische Schweiz, um das Gegengewicht zur EU zu verstärken, ein Freihandelsabkommen mit den USA an und verwirft es wieder; sie forciert den Handel mit den asiatischen Riesen, mit China und Indien, und kann sich dennoch dem harten Griff der EU nicht entwinden.

4

Doch zurück zu den geschichtlichen Ereignissen. Nur zwei Monate nach Bonapartes Durchreise, im Januar 1798, sah die Lage in der Schweiz ganz anders aus. Der zunehmende politische und militärische Druck Frankreichs hatte sich auf breiter Front ausgewirkt. Vielerorts war eine unblutige Revolution von oben im Gang. Am schnellsten reagierten die Basler. Schon im Dezember 1797 war Peter Ochs nach Paris gereist, um dort, unter dem Einfluss Bonapartes und des Direktoriums, eine Verfassung für die künftige Helvetische Republik auszuarbeiten, die ein zentralistischer Einheitsstaat nach französischem Muster werden sollte. Das „Ochsen-Büchlein“ wurde von den Altgesinnten in der Schweiz empört zurückgewiesen. Doch kurz danach stellten Baselbieter Rebellen Freiheitsbäume auf und zündeten Schlösser an; der Basler Grosse Rat gewährte allen Bürgern die gleichen Rechte. Ende Januar sagte sich die Waadt von Bern los; französische Truppen, von den „Patrioten“ gerufen, marschierten vom Westen her ein, vom Norden her wurde der Südjura besetzt. Nun erfüllten auch die Regierungen von Zürich, Luzern, Schaffhausen die französischen Forderungen, sie beriefen verfassungsgebende Versammlungen ein, proklamierten Handels- und Gewerbefreiheit. Widerstand leistete einzig noch Bern mit seinen Vasallen Freiburg und Solothurn. Die beiden französischen Armeen näherten sich der Stadt in einer Zangenbewegung; Berns Kapitulation sollte den Untergang der alten Eidgenossenschaft besiegeln.

Die Ereignisse überstürzten sich: Schultheiss von Steiger wurde am 4. März zum Rücktritt gezwungen, an seiner Stelle Frisching zum *président du gouvernement provisoire* ernannt. Am 5. März kam es zu Gefechten rund um Bern. Die Berner Miliz war chancenlos gegen die kampferprobten Franzosen. Bei Neuenegg trieben die Berner zwar mit einem zweiten Vorstoss den Feind über die Sense zurück, und die Legende behauptet, dieser Terraingewinn hätte die Wende gebracht, wenn die Stadt nicht schon vorher kapituliert hätte. Aber in Wahrheit war zu diesem Zeitpunkt die Besetzung unausweichlich geworden. Vermutlich hätte sich bei hinhaltendem Widerstand bloss die Zahl der Opfer erhöht. Auch so zählte man gegen 700 Tote; es kam zu ausgedehnten Plünderungen und Vergewaltigungen, die später schamhaft verschwiegen wurden.

Der abgesetzte Schultheiss von Steiger, der im Kampf vergeblich den „Ehrentod“ gesucht hatte, floh nach Deutschland und betrachtete sich fortan als Anführer des konservativen Widerstands gegen die Besatzungsmacht. In Augsburg, auf Reisen nach Wien und Berlin versuchte er eine antirevolutionäre Koalition zu schmieden. Sein Einfluss war am Schwinden; dennoch trug er dazu bei, dass Russland und Österreich sich gegen Frankreich zusammenschlossen. Dieser neuen Koalition wegen wurde die Schweiz 1799 zum internationalen Kriegsschauplatz; die beiden Schlachten von Zürich waren weit blutiger als die Gefechte bei Bern, und sie endeten mit einem vorläufigen Sieg der Franzosen.

5

Im April 1798 wurde die Helvetische Republik ausgerufen; sie entsprach weitgehend dem von Ochs ausgearbeiteten zentralistischen Verfassungsentwurf. Den Aufstand der Innerschweizer gegen das „ausländische Diktat“ schlugen die französischen Truppen auf grausame Weise nieder. Politisch gesehen, blieb nach dem Fall Berns kaum ein Stein auf dem anderen. Die föderalistischen Elemente kamen zwar später wieder zum Vorschein, das Staatsgebäude wurde mehrfach restauriert und erstrahlte ab 1848, nach vielerlei Turbulenzen, in bundesstaatlichem Glanz. Aber auch Nostalgiker, die bis heute das Ancien Régime bewundern, müssen eingestehen, dass es morsch geworden war. Die DDR in ihrer Endzeit mag ähnlich reformunfähig gewesen sein wie das Patriziat am Ende des 18. Jahrhunderts. Vielleicht war der Umsturz, die tabula rasa tatsächlich die einzige Möglichkeit, sich den notwendigen Veränderungen zu beugen.

War es ein Untergang? War es ein Übergang, wie es im gedemütigten Bern euphemistisch hiess? Es war zunächst ein betrüblicher Niedergang. Die Präsenz fremder Armeen auf schweizerischem Territorium sorgte für jahrelanges Elend; das Land wurde von Zehntausenden von Soldaten und ihrem Tross buchstäblich leer gefressen und wirtschaftlich um ein Dutzend Jahre zurückgeworfen. Zumindest diese Ausplünderung wäre durch eine weitsichtigere Politik vermeidbar gewesen.

Heute sollten wir uns fragen, ob Ochs, jahrzehntelang als Verräter verschrien, letztlich Basel nicht mehr „genützt“ hat als Steiger dem aristokratischen Bern. Ochs erkannte die Zeichen der Zeit; er war überzeugt, dass es zu den Freiheitsrechten keine Alternative gab. Ihm ist es zu verdanken, dass Basel zunächst von der französischen Besetzung verschont blieb und der Basler Staatsschatz an die Helvetische Republik ging. Aber wurden die Franzosen nicht gerade seiner Willfährigkeit wegen veranlasst, die Schweiz zu überrennen? Und hätte der konsequente Widerstand, den Steiger predigte, der Schweiz, wäre sie ihm vom Anfang an gefolgt, das Schlimmste erspart? Konservative Historiker bejahen dies; ich sehe es anders. Am ehesten noch hätte wohl Frischings kurvenreicher Mittelweg auf die Dauer Chancen gehabt, dem Land Schaden zu ersparen; doch in entscheidenden Momenten hinderte ihn sein Machthunger daran, sich mit der Gegenpartei zu verbünden.

6

Lassen sich solche geschichtlichen Erfahrungen auf die Gegenwart übertragen? Einige schon, glaube ich. Uns droht von der Grossmacht EU her kein bewaffneter Konflikt, aber doch die Aufoktroierung von Regeln und Gesetzen, bei denen die Schweiz nicht wirklich mitbestimmen kann. Es droht der demütigende Zwang des dauernden Nachvollzugs. Unter diesem Druck ist es, ähnlich wie in Berns Ancien Régime, zu einer weitgehenden politischen Lähmung gekommen. Politiker mit dem Sendungsbewusstsein eines Peter Ochs, mit der kompromisslosen Bewahrungsmentalität eines Niklaus Friedrich von Steiger gibt es auch heute. Und so blockieren sich Öffnungsgegner und -befürworter gegenseitig, auch wenn sie sich auf den „Mittelweg“ der bilateralen Verträge geeinigt zu haben scheinen.

In den geschlossenen Machtzirkeln des Patriziats wurden grundlegende politische Reformen viel zu lange tabuisiert oder verschleppt. Erst im letzten Augenblick, unter äusserstem Druck und viel zu spät, versuchten die bewahrenden Kräfte sich flexibler zu zeigen. Ich halte es heute für ebenso falsch, eine der möglichen Optionen, den EU-Beitritt, weitgehend auszuklammern und die Diskussion darüber an die politischen Ränder zu verbannen. Wir können nicht ausschliessen, dass sich der bilaterale Weg in den nächsten Jahren als Sackgasse erweist. Was dann? Wäre es nicht klüger, die Rolle der Schweiz in Europa und in der Welt fortlaufend und ohne Tabus zu überdenken?

Und das Zweite: So wie die alte Tagsatzung unfähig war, ihre ritualisierten Verfahrensabläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen, so verschliesst sich der politische Mainstream in der heutigen Schweiz einer Reform der schwerfälligen föderalistischen Strukturen. In beiden Fällen tat und tut man so, als habe die Welt sich nicht verändert und lässt lieber alles beim Alten. Die Scheuklappensicht der Interessengruppen verunmöglicht

es, die Kräfteverhältnisse in der direkten Demokratie den neuen Verhältnissen anzupassen, das heisst: das institutionelle Gewicht von Agglomerationen, Kantonen und ländlichen Gebieten neu auszurichten. Es dauert inzwischen Jahre und Jahrzehnte, bis neue Gesetze durch alle Mühlen gegangen sind und endlich in Kraft gesetzt werden. Auch dies trägt zu den politischen Lähmungserscheinungen in unserem Land bei.

In ihrem Buch „Die Torheit der Regierenden“ staunt die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman darüber, dass Politiker immer wieder den Interessen, die sie zu vertreten behaupten, zuwider handeln. Im Licht der Geschichte – und aus ihr lernend – wäre es die Aufgabe der Politik, so meint Tuchman, frühzeitig Gefahren zu erkennen und unbequeme Massnahmen zu treffen, sogar dann, wenn sie die Privilegien der Regierenden beschneiden oder der eigenen Ideologie widersprechen.

Aber in dieser Beziehung bin ich pessimistisch. Ich vermute, dass die Kräfte der Blockierung stärker sind als der mögliche Wille, die Geschichte als „Lehrmeisterin“ einzubeziehen; der Zeithorizont reicht bei den meisten politischen Akteuren lediglich bis zu den nächsten Wahlen. Wir müssen wohl darauf warten, dass der Druck von aussen zum echten Leidensdruck wird; erst dann, auch das zeigt die Vergangenheit, werden in der kleinräumigen Schweiz Blockierungen aufgebrochen. Hoffentlich nicht zu spät.